

**ANTRAGSSPIEGEL – Beschlossene Anträge**

**L Leitantrag**

- L 1 Sozialismus(s) – Unsere Zukunft jetzt! Bezirksvorstand

**I Innenpolitik, Recht und Verfassung**

- I1 Längeres Bleiberecht für  
Opfer Rechtsradikaler Unterbezirk Kassel-Stadt
- I2 "Hesse ist, wer Hesse sein will" –  
Gegen die Aufnahme eines Gottesbezugs  
in die Präambel der hessischen Verfassung Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

**B Bildung**

- B1 Den Managern von morgen Mitbestimmung  
und demokratische Strukturen im  
Unternehmen lehren Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
- B2 Englisch als Pflichtfach bei Ausbildungsberufen  
und Studiengängen für den öffentlichen  
Dienst etablieren Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

**S Soziales**

- S1 Beitragsbemessungsgrenze abschaffen Unterbezirk Kassel-Stadt
- S2 Lernförderung von Kindern mit  
SGB II Bezug Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

**St Steuern und Finanzen**

- St1 Gerechtigkeit bei der Steuerpflicht Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

**D Digitalisierung, Internet und Netzpolitik**

- D1 Sozialdemokratie für das digitale Zeitalter Bezirksvorstand
- D2 Freifunk-Angebote in kommunalen  
Einrichtungen Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
- D3 Wilhelm-Pfannkuch-Haus richtet  
Freifunk-Angebot ein Unterbezirk Marburg-Biedenkopf



**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2017 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: VU 3

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Regelsteuersatz für Fleischprodukte!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 An Fleischprodukte soll zukünftig der reguläre Mehrwertsteuersatz von 19 % angelegt werden.

4

5 **Begründung:**

6 Nach unterschiedlichen Szenarien kann diese Maßnahme zu einem Rückgang der  
7 nachgefragten Menge von 2 % bis 10 % beitragen. Die Aufhebung der bisherigen  
8 Steuervergünstigung muss auch kommunikativ – in ein umfassendes Maßnahmenbündel zu  
9 klimafreundlichem Konsum eingebettet werden.

10 Diese Maßnahme soll außerdem sozialpolitisch flankiert werden. So müssen unter anderem die  
11 sozialen Transferleistungen, insbesondere der Hartz-IV-Regelbedarf, erhöht werden. Weiterhin  
12 soll eine kostenlose Kita- und Schulverpflegung eingerichtet werden, welche mindestens nach  
13 den DGE-Standards arbeitet. Zudem wird eine sozialpolitische Flankierung, wie etwa die  
14 Anpassung der Besteuerung unterer Einkommensgruppen, für einkommensschwache  
15 Menschen ohne Transferleistungen und Kinder im Kindergarten- bzw. schulpflichtigen Alter  
16 benötigt.

17 Falls die erwarteten Steuereinnahmen von rund 5,2 Milliarden Euro noch nicht durch die  
18 sozialpolitische Flankierung aufgebraucht sind, könnten pflanzliche Lebensmittel oder der  
19 öffentliche Verkehr günstiger gemacht werden.

20

21 Im Jahre 1879 erschien erstmals August Bebel's berühmtes Buch „Die Frau und der  
22 Sozialismus“. Es enthält neben einer Kritik des klassistischen Salonvegetarismus eine kritische  
23 Würdigung der vegetarischen Ernährung und den für die damalige Zeit, ihre Verhältnisse und  
24 Region gültigen Satz: „Für diese zahlreichen Menschen, die gezwungen als Vegetarier leben,  
25 wäre zeitweilig ein solides Beefsteak, eine gute Hammelkeule entschieden eine Verbesserung  
26 ihrer Nahrung.“

27

28 89 Jahre später wurde die Umsatzsteuer eingeführt. Bereits damals gab es einen ermäßigten  
29 Satz auf Nahrungsmittel. Die einhergehende Ermäßigung auf Fleisch kann, unter Ausblendung  
30 von Klima- und Tierschutzargumenten, aus ernährungs-physiologischer Sicht als sinnvoll  
31 erachtet werden.

32

33 Doch forderte Willy Brandt in seinem Grußwort an den Kongress der Sozialistischen  
34 Internationale in Berlin (15.09.1992) die Genossinnen auf Gewissheiten zu hinterfragen und  
35 sprach Mut zu: „Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer. Darum — besinnt Euch  
36 auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein  
37 hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.“

38

39 Seit der Einführung der Umsatzsteuer im Jahr 1968 ist viel geschehen. Zwischen 1961 und  
40 2015 stieg der Fleischverbrauch in Deutschland von durchschnittlich 64 kg auf 88 kg pro Kopf  
41 und Jahr. Auch die Schlachtzahlen sind gestiegen. Im Jahr 2015 wurden in Deutschland 715,6

42 Mio. Geflügel, 59,3 Mio. Schweine, 3,5 Mio. Rinder, 1 Mio. Schafe gewerblich getötet. Im  
43 Gutachten „Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung“ (2015) der Beiräte des  
44 Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) wird attestiert, dass die  
45 derzeitigen Haltungsbedingungen eines Großteils der Nutztiere nicht zukunftsfähig ist.

46

47 Auch die Ernährungswissenschaft ist ein gutes Stück weitergekommen. Eine aus-gewogene  
48 vegetarische Ernährung wird nicht mehr als gesundheitliches Risiko, sondern als  
49 gesundheitsfördernd erachtet. Insofern kann Fleisch nicht mehr als notwendiges  
50 Grundnahrungsmittel betrachtet werden.

51

52 Der Klimawandel ist zu einer Bedrohung für die Menschheit geworden, unter der am meisten  
53 die ärmsten Menschen und Regionen zu leiden haben. Eine aktive Klimapolitik ist somit zu  
54 einer Frage der internationalen Gerechtigkeit geworden!

55 Der Anteil von tierbasierter Ernährung an Emissionen von Treibhausgasen wurde im UN  
56 International Resource Panel 2016 auf 15% ermittelt.

57

58 Im Klimaschutzgutachten 2016 haben die wissenschaftlichen Beiräte Agrarpolitik, Ernährung  
59 und gesundheitlicher Verbraucherschutz sowie Waldpolitik des BMEL die Klimaauswirkungen  
60 dieser Bereiche dargestellt und politische Forderungen auf ihre Einspareffekte hin untersucht.  
61 Im Bereich der Ernährung und Landwirtschaft liegen in der Reduzierung des Konsums von  
62 tierischen Produkten auf eine von der moderaten DGE aus gesundheitlichen Gründen  
63 empfohlenen Menge mit großem Abstand die größten Einsparpotenziale! Die  
64 Wissenschaftlerinnen sind zumindest aus Klimaperspektive von einer politischen Fokussierung  
65 auf bio und regional nicht überzeugt und messen auch der Bekämpfung der  
66 Lebensmittelverschwendung weniger Gewicht bei.

67

68 Bei Betrachtung der ernährungsbedingten Treibhausgasemissionen unterschiedlicher  
69 Verzehrweisen fällt auf, dass diese einen deutlich unterschiedlich großen Fußabdruck  
70 erzeugen. Gegenüber dem Durchschnitt ergibt sich für das Referenz-jahr 2006 beispielsweise  
71 bei einer Ernährung gemäß den DGE-Empfehlungen eine Einsparung von 9%, bei Ovolakto-  
72 vegetarischer Ernährung von 20% und bei einer veganen Ernährung von 38% (S. 210).

73 Aus der Argumentation folgt, dass der ermäßigte Mehrwertsteuer-Satz auf Fleisch eine  
74 ungerechtfertigte Subvention darstellt, da Fleisch kein meritorisches Gut ist und die  
75 ungerechtfertigte Subvention folglich abgeschafft werden sollte.

76 Die Lebensbedingungen haben sich in Deutschland seit August Bebels „Die Frau und der  
77 Sozialismus“ deutlich geändert und das Wissen um eine gesunde Ernährung hat sich vermehrt.  
78 Wir brauchen neue Antworten zu Ernährungs- und Landwirtschaftsfragen. Jetzt.

79

80  angenommen

81  abgelehnt

82  überwiesen an

83